Zeitschrift: SuchtMagazin
Herausgeber: Infodrog
Band: 41 (2015)
Heft: 4

Artikel: Gesundheitsversorgung im Spannungsfeld von Selbst- und Fremdverantwortung

Autor: Berthel, Toni / Cassis, Ignazio / König, Marianne

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-800803

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gesundheitsversorgung im Spannungsfeld von Selbst- und Fremdverantwortung

An der Initiative «Komatrinker» (Bortoluzzi) scheiden sich in der Politik wie auch in der Fachwelt die Geister. Grund genug, einen Fachexperten und einen Gesundheitspolitiker zum Gespräch einzuladen, um die Hintergründe und mögliche Folgen dieser Vorlage zu thematisieren. Es geht um Fragen der zukünftigen Gesundheitsversorgung, dem Mass an Selbst- und Fremdverantwortung des Individuums und inwiefern das Solidaritätsprinzip kritisch hinterfragt werden soll. Für die beiden Experten ist klar, dass neue Wege gesucht werden müssen, wie das Individuum lernen kann, einen vernünftigen Umgang mit seinem Gesundheitsverhalten zu finden.

Gespräch mit Toni Berthel (Integrierte Psychiatrie Winterthur Zürcher Unterland/Integrierte Suchthilfe Winterthur, Eidg. Kommission für Drogenfragen) und Ignazio Cassis (Arzt, Nationalrat Tessin). Die Fragen für das SuchtMagazin stellten Peter Menzi und Marianne König (Infodrog, Bern)

Schlagwörter: Gesundheitsversorgung | Suchtpolitik | Freiheit | Selbstverantwortung | gesellschaftliche Verantwortung |

SuchtMagazin: In einer Medienmitteilung hat der Schweizerische Bundesrat vor zwei Tagen am 1.7.2015 bekannt gegeben, dass er bei einer Alkoholvergiftung gegen einen Wechsel bei der medizinischen Notversorgung ist und notfallmässige Behandlungen weiterhin von der Grundversicherung der Krankenkasse übernommen werden sollen. Die Diskussionen rund um die parlamentarische Initiative «Komatrinker sollen Aufenthalte im Spital und in Ausnüchterungszellen selber bezahlen» waren mit ein Anlass zur Themenwahl dieser SuchtMagazin-Ausgabe. Wie sehen Sie das Spannungsfeld Eigenverantwortung – Fremdverantwortung bei Substanzkonsum?

Berthel: Die Frage beim Konsum psychoaktiver Substanzen ist: Warum wird konsumiert? Alkohol kann Nahrungsmittel, Entspannungsmittel, Genussmittel, ein Rauschmittel, ein Medikament oder Suchtmittel sein. Substanzen haben unterschiedliche Funktionen und Bedeutungen. Der Wunsch sich zu berauschen, Grenzen zu suchen, in eine andere Welt zu wechseln, das gehört auch zum Menschsein. Beim Alkoholkonsum bei jungen Menschen geht es auch um eine seelische Entwicklung. Es gibt Jugendliche und junge Erwachsene, die sich berauschen und dann medizinische Unterstützung brauchen. Wenn jemand Hilfe braucht in einer Not, sind wir als Gesellschaft, bin ich als Arzt verpflichtet zu helfen. Bei dieser Initiative stellt sich nun die Frage, weshalb hier ein System, das über viele Jahrzehnte aufgebaut wurde und funktioniert, auf den Kopf gestellt werden soll? Zwei Aspekte sind hier wichtig: Es geht um Jugendliche und um Substanzkonsum und das sind zwei Bereiche, an denen sich Gesellschaftsfragen entbrennen und die sich eignen, damit auch Parteipolitik zu machen. Dadurch werden aber eine gute Prävention und eine sichere Unterstützung von Menschen, die Probleme haben, verhindert. Es ist eine Scheindiskussion, die man hier führt: Man nimmt Jugendliche und psychoaktive Substanzen. Bei Übergewichtigen mit Arthrose, die die Kontrolle über das Essen verloren haben, sagt niemand, sie sollten die Behandlungskosten selber bezahlen. Wenn man sich ein Problem «anfrisst», zahlt die Krankenkasse, wenn man sich ein Problem «antrinkt», dann muss man es selber bezahlen. Da wird der Begriff der Verantwortung sehr einseitig interpretiert.

Cassis: Ich teile die Meinung von Toni Berthel bezüglich der Funktion von Suchtmitteln in der Gesellschaft. Der rechtliche Status einer Substanz ist ein gesellschaftliches Konstrukt, historisch gewachsen, auch aufgrund von wirtschaftlichen Interessen und internationalen Einflüssen.

Ein weiteres Thema ist das solidarische Zurverfügungstellen zweckmässiger Hilfestellung, sei diese medizinischer oder sozialer Natur, für Menschen, die im Umgang mit Suchtmitteln Probleme haben. Hier liegt die Krux der ganzen Diskussion. Das Ganze ist im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Entwicklung zu sehen. Bis zu den 50er-Jahren war man für sein eigenes gesundheitliches Verhalten selbst verantwortlich. Man konnte die Folgen des eigenen Fehlverhaltens nicht so leicht auf die Kollektivität abwälzen. Mit dem zunehmenden Wohlstand änderte sich das. Es kam zu einem Missverständnis und einer Disbalance zwischen Selbstbestimmung, die zunehmend ins Zentrum gestellt wurde, und Verantwortung, die zunehmend abgeschoben wurde. Diesen Trend beobachtet man in allen industrialisierten Ländern. Er ist mit ein Grund dafür, dass die Sozialsysteme heute grosse Schwierigkeiten bei der Kostenbalance haben.

Und jetzt noch eine Stufe tiefer, zur parlamentarischen Initiative von NR Toni Bortoluzzi. Die parlamentarische Initiative ist das schwerwiegendste Instrument, das das Parlament einsetzen kann, um gegenüber der Regierung etwas durchzusetzen. Bisherige Motionen und Postulate mit dem Ziel, die Balance zwischen Selbstbestimmung und Eigenverantwortung wieder herzustellen, wurden vom Bundesrat immer abgelehnt. Niemand wollte über

das Thema diskutieren, es ist zu heikel. Es blieb nur noch die Initiative, wobei ich die Chance für ein Durchkommen im Parlament als gering einschätze.
Ich unterstütze diese Initiative, weil ich der Meinung bin, dass dieses Ungleichgewicht zwischen Selbstbestimmung (Freiheit) und Verantwortung wieder ausgeglichen werden soll. Selbstverständlich geht die Diskussion dabei viel weiter als nur um Jugendliche, die sich am Wochenende berauschen. Ist es wirklich so, dass ich mir bei der Gesundheitsversorgung alles leisten kann? Ich denke, dass Grenzen gesetzt werden müssen. Solidarität ist nicht unendlich und zu viel Solidarität tötet schlussendlich die Solidarität. Die Frage muss diskutiert werden, wo die persönliche Verantwortung für die eigene Gesundheit und Krankheit endet. Grundsätzlich übernehme ich die Verantwortung für meine Gesundheit und Krankheit. Dass jegliches noch so kleine Gesundheitsproblem solidarisch, d.h. von den Mitmenschen via Krankenkassen bezahlt werden soll, ist meiner Ansicht nach eine Fehlentwicklung. Die Allgemeinheit wird das nicht mehr grenzenlos tragen wollen. Wir haben die Fremdverantwortung zu weit getrieben.
Die Initiative ist für mich also sozusagen ein trojanisches Pferd, um jetzt diese öffentliche Diskussion zu lancieren. Die Frage ist, ob dies ein gutes Instrument ist. Ich vertrete dabei die freisinnigen Werte: Freiheit und Verantwortung. Ich möchte eine Welt, in der der Mensch frei ist, der Staat diskret und die Verantwortung wieder im Zentrum des Menschen und der Gesellschaft. Selbstbestimmung ohne Verantwortung zu übernehmen geht nicht. Beim Krankenversicherungswesen geht es darum, ein ausbalanciertes System zwischen Eigen- und Fremdverantwortung zu schaffen. Die Entwicklung des Systems muss nachhaltig sein und darf die nächste Generation nicht behindern. Die Initiative dient mir also dazu, diese Debatte zu führen. Zugegeben geschieht das hier an einem Beispiel, das nicht ganz einfach ist, weil Sucht für sich schon ein grosses Thema ist. Zudem käme für mich ein Systemwechsel ohne Pilotphase und Evaluation einem Blindflug gleich, deshalb habe ich mich für ein 5-jähriges Pilotprojekt engagiert, in dem die Auswirkungen der Umsetzung wissenschaftlich untersucht werden. Dies fand eine Mehrheit und wurde auch so in den Gesetzesentwurf übernommen. Solche Neuerungen müssen möglich sein, sonst sind wir eine sehr konservative Gesellschaft, die sich nicht einmal der öffentlichen Debatte stellt und nicht in die Zukunft schauen will. Ich bin durchaus bereit, in fünf Jahren das Ganze zu stoppen, wenn die Evaluation zeigt, dass es nichts bringt. Wir brauchen aber die Innovation, sonst kommen wir nicht vorwärts.

SuchtMagazin: In der öffentlichen Diskussion haben sich sowohl Fachleute als auch Kantone gegen die Initiative ausgesprochen. Bei der fachlichen Argumentation ging es nicht nur um die Verantwortung sondern u.a. auch um die Prävention. Wie sehen Sie diese Diskussion zwischen fachlicher und politischer Argumentation?

Berthel: Ich bin mit der Idee einer freiheitlichen Gesellschaft, wo die Menschen so viel Raum wie möglich für ihre Entwicklung und Lebensgestaltung haben, sehr einverstanden. Das bedeutet aber: Wenn du frei sein willst, musst du auch Verantwortung übernehmen! Wir müssen definieren, was es braucht, um selbstverantwortlich handeln zu können. Hier sind wir in einem gesellschaftspolitischen Prozess. Auf der Ebene der Gesundheitspolitik bin ich mit I. Cassis einig. Wir müssen diskutieren, was können wir in Zukunft über die Grundversicherung bezahlen und was nicht. Die Initiative betrifft aber nicht nur die Ebene der Gesundheitspolitik, sondern nimmt eine Gruppe heraus, um an ihr ein Exempel zu statuieren. Wir wissen, dass Komatrinken bei Jugendlichen und v.a. jungen Erwachsenen vorkommt. Und wir wissen auch, dass in dieser Gruppe eine nicht unwesentliche Zahl ein länger dauerndes, teilweise sehr problematisches Konsummuster zeigt. Als Fachleute machen wir uns aber Sorgen, dass durch die Initiative Kollateralschäden entstehen können. Jugendliche, die zu viel trinken, holen sich keine Hilfe mehr, weil dann die Polizei kommt und sie so kriminalisiert werden. Wir müssen die Fragen von Selbstverantwortung und Solidarität sowie vom Konsum von bspw. Alkohol bei jungen Menschen differenziert diskutieren. Die Diskussion über die Grenzen der «Solidarhaftung», die I. Cassis will, ist sehr wichtig, sonst werden wir in Zukunft gar keine Solidarität mehr haben. Das andere ist – und hier sind die Argumente auf dem Tisch: Jugendliche brauchen für ihre Entwicklung auch Räume, wo sie Grenzen suchen können, Grenzen überwinden können, und da gehört Substanzkonsum dazu. Jugendliche müssen lernen verantwortungsvoll mit psychoaktiven Substanzen umzugehen. Solche Lernfelder müssen wir jungen Menschen zugestehen, sonst verhindern wir auch Entwicklung. Verantwortung wird einem nicht in die Wiege gelegt. Hier ist auch die Gesellschaft gefragt. Wo und wie übernimmt die Gesellschaft, d.h. wir alle die Mitverantwortung, dass Jugendliche lernen können mit Alkohol entwicklungs- und gesellschaftskompatibel umzugehen. Hier beurteile ich den Nutzen der Initiative sehr skeptisch. Die Initiative will allein über repressive Mittel Selbstverantwortung erzwingen: Von I. Cassis höre ich von einer Verantwortung im ethischen Sinne, andere Vertreter der Initiative wollen ein Exempel statuieren und Ruhe und Ordnung schaffen. Es gibt hier mehrere Dimensionen der Betrachtung: die Gesundheitspolitik, die Suchtpolitik und die Ordnungspolitik; jeder nimmt da etwas anderes heraus.

Cassis: Ich sehe gut, dass es sich da um ein exemplarisches Vorgehen bei einer bestimmten Zielgruppe handelt. Leider war es politisch nicht möglich, diese zentrale Grundfrage auf andere Art zu lancieren. Als Politiker habe ich dennoch die Verantwortung, auch unbequeme Fragen aufzubringen. Wir nehmen dieses Exempel und versuchen ein wissenschaftlich evaluiertes Projekt zu machen, um zu klären, was auf der sozialen, auf der gesundheits- und der ordnungspolitischen Ebene passiert. Damit ist schon viel erreicht und es werden sich weitere Themen und Diskussionen ergeben, z.B. ob wir uns als Gesellschaft alle neuen Medikamente solidarisch leisten können, unabhängig vom Wirkungsgrad und Preis.

Berthel: Wir müssen hier noch andere Aspekte diskutieren. Es stellt sich die Frage: Wie stark zwingt man Menschen mit Public-Health-Ansätzen zu erwünschtem, normativem Verhalten? Gesundheit wird heute normativ definiert. Und dann kommen wir zum nächsten Punkt: Wie viel gesellschaftliches und gesundheitliches Wohlverhalten verlangt man vom Individuum? Wir müssen das wieder einmal justieren. Über die obligatorische Krankenversicherung hat jeder das Gefühl, er zahle mit, wenn jemand ein Problem hat. Ein interessantes Modell sehen wir bei der Entwicklung einer guten Zahnhygiene. Zahnärzte haben in den 1950er-Jahren sehr viele Anstrengungen unternommen, die Zahnhygiene zu verbessern. In den Schulen wurde Kindern durch Prophylaxeassistentinnen beigebracht wie und wie häufig man sich die Zähne putzt, regelmässig finden Karieskontrollen statt und heute haben wir da einen guten Status. Das ist ein gutes Beispiel, wie junge Menschen zu selbstverantwortetem Handeln hingeführt werden können. Die Frage ist nun, wie machen wir dies bei anderen Gesundheitsfragen, beispielsweise beim Umgang mit psychoaktiven Substanzen?

Cassis: Früher war ich als Präsident von Public Health Schweiz stark auf Public Health und auf ein gesundheitszentriertes, normatives Verhalten fokussiert. In den letzten 10-15 Jahren hat sich das bei mir geändert: Gesundheit ist nicht das Ziel des Lebens, sondern nur ein Mittel, um sein eigenes Leben so frei wie möglich zu leben und sein Glück zu suchen. Gesundheit ist somit nur ein Bereich des Lebens. In der Familie und in der Schule müsste man wieder vermehrt lernen, wie man mit Gesundheit und Krankheit

umgeht. Meine Generation hat gelernt, dass Krankheit eine Frage der Kollektivität ist: «Du musst dir keine Sorgen machen, die Kollektivität (Steuern, Prämien) übernimmt die Kosten.» Das war ein Fehler und kommt einer Deresponsabilisierung gleich, die korrigiert werden muss. Heute spürt man aus der Fachwelt eine Art «Gesundheitsdiktatur», als ob Gesundheit das relevanteste Thema für jeden Menschen sein MUSS. Die Gesundheitsbewegung ist zum Teil viel zu stark durch die fachliche Vision der Gesundheit eingeengt. Es ist zwar Aufgabe der Fachleute, diese Meinung zu vertreten. Aber es ist meine Rolle als Politiker, den Überblick nicht zu verlieren und der Gesundheit keine herrschende Bedeutung zu erteilen.
Gesundheit muss viel mehr im gesellschaftlichen Kontext betrachtet werden, im Spannungsfeld der verschiedenen Menschenbilder, zwischen der Kollektivität der «Sozialisten» und dem individuellen Mensch der «Liberalen». Das kann durchaus bedeuten, gewisse ungesunde Dinge auch tun zu dürfen.

Berthel: Der österreichische Philosoph Robert Pfaller hat gesagt, immer nur vernünftig zu sein sei kein Zeichen dafür, dass man tatsächlich vernünftig ist. Erst wenn wir unvernünftige Dinge tun wie tanzen oder trinken oder uns verlieben, hätten wir das Gefühl, dass es sich zu leben lohnt. Damit sind wir auch beim Rausch, manchmal sogar beim unvernünftigen Konsum. Wir wissen: Viele Menschen konsumieren verbotene psychoaktive Substanzen. Sie wollen sich entspannen, berauschen, Grenzen überschreiten, Gemeinschaft erleben. Gleichzeitig machen sie sich damit strafbar. Wie aber sollen Menschen lernen mit Cannabis oder anderen Drogen umzugehen, wenn sie verboten sind? Wie sollen Jugendliche lernen, auch von positiven Wirkungen von Alkohol zu profitieren, wenn man sie für den Rausch quasi kriminalisiert? Deshalb die Frage an I. Cassis: Weshalb fällt es den Liberalen so schwer, Regulierungsmodelle für Cannabis oder andere psychoaktive Substanzen zu unterstützen? Warum ist es so schwierig, im Bereich der psychoaktiven Substanzen unverkrampft zu Lösungen zu kommen?

Cassis: Als Liberaler ist es für mich auch unverständlich, warum es nicht eine grössere Mehrheit für den liberalen Umgang mit psychoaktiven Stoffen gibt. Ich selber bin gesellschafts- und wirtschaftsliberal. Bei der FDP gibt es aber auch viele Gesellschaftskonservative. Ich staune, wie viele Politiker – links wie rechts – Mühe haben, eine kohärente Suchtpolitik zu akzeptieren und illegale psychoaktive Substanzen ähnlich zu behandeln wie legale, statt aufgrund von historischen Gegebenheiten. Viele Kollegen haben sich auch nicht vertieft mit dem Thema auseinandergesetzt. Zu abstrakte, intellektuelle Themen sind oft schwierig rüberzubringen: Eine moralische Betrachtung, schwarz/weiss, böse/gut kommt dann zum Zug. Ausserdem ist vor den Wahlen eine Diskussion über Cannabis nicht möglich. So kommt es zur Inkohärenz in der Politik, von links und rechts werden je verschiedene Verbote und Liberalisierungen für die unterschiedlichen Substanzen gefordert, wobei auch innerhalb der einzelnen Parteien keine Einigkeit besteht. Dass der erwachsene Mensch die Wahl haben sollte, wie er mit den verschiedenen Substanzen umgeht, das kommt nicht durch. Die Drogenpolitik ist immer noch ein sehr emotionales Thema. Und übrigens: die parlamentarische Initiative Bortoluzzi hat mit «Kriminalisierung des Konsums» wirklich nichts zu tun, sondern nur mit der sozialen Finanzierung der Spitalkosten.

SuchtMagazin: Fachliche Argumente spielen somit hier keine Rolle?

Cassis: Wie gesagt sind fachliche Argumente zwar wichtig, widerspiegeln aber nicht die Pluralität der Gesellschaft. Jede Fachwelt ist quasi eine Subkultur, in der ähnlich denkende Menschen verkehren. Jede Fachwelt hat das Gefühl, ihre Argumente seien die wichtigsten. Dem ist aber nicht so, weil die Politik einfach viel breiter ausgelegt ist: Sie ist das Spiegelbild des Volkes. In der Politik nützt es nichts, Recht zu haben. Man braucht die Mehrheit! Otto von Bismarck sagte treffend: «Die Politik ist die Kunst des Möglichen».

Berthel: Das andere Spannungsfeld, das wir nicht vergessen dürfen, ist das Thema von individueller und kollektiver Verantwortung. Auf Youtube schaut ein Millionenpublikum fasziniert und durchaus mit lustvollem Kitzel die Videos von einem Wingsuit-Flug mit 200 km/Std. durch ein enges Felsloch. Immer wieder verunfallen Menschen bei Risikosportarten. Dazu äussert die Politik sich klar: Bei diesen Outdoor-Sportarten müsse der Staat keine Vorschriften machen, heisst es. Es zählt die Selbstverantwortung. Es gehört zur Freiheit des Menschen, Risiken einzugehen, sich selber zu schaden, ja sich sogar das Leben zu nehmen. Doch darf der Staat, die Gesellschaft, die Gemeinschaft sich hier ganz aus der Verantwortung nehmen? Nur wer informiert ist und gelernt hat, mit Risiken umzugehen, kann Risikokompetenz entwickeln, Risiken einschätzen und nachher selbstverantwortet handeln. Damit dies möglich wird, sind auch wir als Gesellschaft in der Pflicht.

Cassis: Ja, der Zugang zur Information ist zwar eine Bedingung, um frei und verantwortlich leben zu können (deshalb ist die Bildung so eminent wichtig!), aber ungenügend, wenn Worten nicht Taten folgen. Jede und jeder muss spüren, welche Eigenverantwortung aus seiner Selbstbestimmung folgt. Diese Beziehung muss in der Gesellschaft wieder vermehr thematisiert werden. Früher waren sogar Selbstmordversuch oder Schwangerschaftsabbruch strafbar. Die Freiheit für die Einzelnen wurde dann immer grösser, auf der anderen Seite entwickelte sich aber die Verantwortung nicht entsprechend. Das ist eine fatale Entwicklung, denn es gibt keine Freiheit ohne Verantwortung. Die Diskussion darüber bedarf aber eines gewissen Masses an abstraktem Denken, was in der Politik schwierig ist. In der Zwei-Minuten-Gesellschaft muss man mit ganz einfachen Beispielen arbeiten (wie die parl. Initiative Bortoluzzi) und diese können missverstanden werden, weil man eben nicht sieht, welche Überlegungen dahinterstehen.

SuchtMagazin: Die Schwierigkeit ist hier ja: Wer definiert die Grenzen der Freiheit, der Selbst- oder Fremdverantwortung? Nehmen wir das Beispiel einer Alkoholabhängigkeit: Ist da die betroffene Person selber schuld bzw. wie sind die verschiedenen Faktoren, die da reinspielen, zu bewerten: Herkunft, psychische Erkrankung etc.? Wer definiert das? Im Parlament scheinen parteipolitische und ideologische Interessen wichtiger als fachliche Argumente. Wer definiert also Selbstverantwortung und damit z.B. wer bei einem Alkoholproblem bezahlt?

Cassis: Für mich ist das ganz klar: In einem direkt-demokratischen Land ist es in ultima ratio das Volk. Es ist eine kollektive, gesellschaftliche Entscheidung, zuerst durch die Institutionen (Staat, Parteien, NGO usw.) dann über das Volk. Es darf nicht sein, dass die Fachwelt das definiert. Wir würden sonst die Macht allein den Fachpersonen geben. Das wäre eine oligarchische Haltung, die nicht mit meinem Verständnis von Freiheit und Demokratie korrespondiert. Sollen z.B. bei der IV allein die Psychiater über die Renten bestimmen? Sie haben eine Rolle zu spielen, aber es wäre falsch, dass die Fachwelt alleine die Grenzen bestimmt. Bei den parteipolitischen Zielen geht es um Werte, um Menschenbilder und Weltanschauungen. Dabei ist die Beziehung zwischen Mensch und Staat, zwischen Selbstbestimmung und Bevormundung seit Plato die zentrale Frage des Zusammenlebens.

Berthel: Ich gehe damit einig, dafür brauchen wir die Politik. Die politische Debatte ist der Ort für die Diskussion um Freiheit und ihre Grenzen. Dabei geht es um liberales Denken und es geht auch um Solidarität. Ohne das Solidarverhalten kann ein Individuum, eine Familie, eine Gesellschaft – können wir – nicht funk-

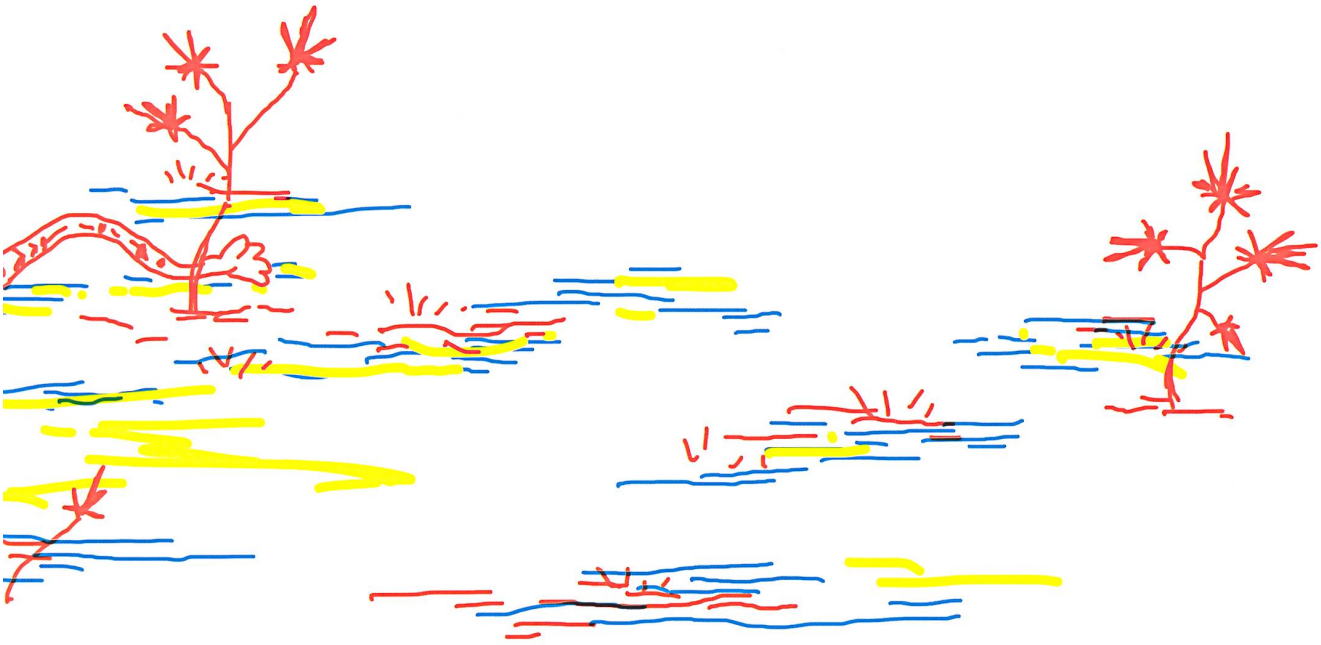
tionieren. Die Frage dabei ist aber: Wie viel Wohlverhalten darf die Gesellschaft unter dem Aspekt der Solidarität von mir einfordern? Das muss auch einmal definiert werden.

Cassis: Um abstrakt zu antworten: Umso mehr, je mehr du die Erwartung hast, dass die Folgen deines Fehlverhaltens von der Gesellschaft finanziert werden.

Berthel: Ja, aber auf der anderen Seite kann man nicht alles Fehlverhalten in Geld hochrechnen. Hier entsteht ein Dilemma. Für Otfried Höffe[1] ist Liberalismus mehr als eine liberale Wirtschaft. Individuum, Kultur, Infrastruktur, Umwelt sind alles gleichwertige Elemente, die eine liberale Gesellschaft ausmachen. Wenn aber diese Systeme nicht mehr ausgeglichen sind, wenn das ökonomische eine höhere Bedeutung hat als das andere, dann wird jedes Verhalten in Geld hochgerechnet. Dann wird alles nur noch unter dem Aspekt der Rentabilität abgehandelt. Man kann dies auch auf der Krankheitsebene anschauen: Wo rentiert eine Intervention, wo nicht? Oder man kann sagen, wenn jemand Substanzen konsumiert, dann verursacht er einen potentiellen Schaden von so und so vielen Milliarden, das wird dann runtergerechnet und wieder hochgerechnet. Wo bleibt dann da die Solidarität? Und wo die Möglichkeit des Scheiterns, die humanistische Perspektive?

Cassis: Zuerst einmal müssen bei allen Kosten die externalisierten Kosten mitgerechnet werden. Negative Wirkungen und Risiken dürfen nicht externalisiert werden, wie z.B. beim Strompreis. Das ist nicht liberal. Das grosse Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Finanz- und Versicherungswelt ist darin begründet, dass sie sich sehr illiberal verhalten haben: Sie wollten die höchste Freiheit, aber keine Verantwortung übernehmen, wie z.B. bei der Swissair oder der UBS. Falsch ist, wenn diese Ereignisse als «liberale Gesellschaft» definiert werden. Der Liberalismus beruht auf vier Prinzipien: das Recht auf Selbstbestimmung (auf der Basis von Vernunft und Einsicht), die Beschränkung politischer Macht, die Freiheit gegenüber dem Staat, die Selbstregulierung der Wirtschaft (auf der Basis persönlichen Eigentums). Und Selbstregulierung braucht ein hohes Mass an Verantwortung!
Der Liberalismus muss immer wieder überprüft werden, um die richtige Balance zu finden. Wir sind heute beim Sozialsystem nicht mehr ausbalanciert. Bei der Invalidenversicherung oder im Finanzwesen der 90er-Jahre waren wir auch nicht mehr ausbalanciert. Jetzt sind wir daran, die notwenigen Korrekturen zu machen, was schmerzhaft aber unentbehrlich ist, um der nächsten Generation nicht nur Schulden zu überlassen.
Freiheit bedeutet für mich, der erwachsene Mensch muss im täglichen Leben seine Wahl treffen können und die Verantwortung für sein Verhalten tragen. Er darf sich das Leben nehmen, er darf heiraten, er darf homosexuell sein, er darf Cannabis konsumieren. Die Grenzen müssen wir in einem ausbalancierten Regelwerk finden wie bspw. bei den Medikamenten, wo verschiedene Zugangsstufen gelten. Ein gleichartig reguliertes System für Suchtstoffe wäre für mich ein typisches liberales System, wo man davon ausgeht, dass der erwachsene Mensch die Freiheit hat, Rauschstoffe zu sich zu nehmen, im Bewusstsein, dass es gesundheitsschädlich sein kann. Ich möchte nicht, dass der Staat mich zwingt, gesund zu leben. Aber ich darf nicht davon ausgehen, dass mein ungesundes Verhalten unbegrenzt zu Lasten der Gesellschaft geht. Grenzen zu setzen ist zwar schwierig, aber nötig!

Berthel: Ich bin auch weg gekommen von der Idee, alles über Regeln und Gesetze steuern zu können. Ich finde auch, dass die Verantwortung das Zentrale ist. Die Frage ist nur: Wie gelangen wir an diesen Punkt? Wir beide haben studieren können, haben einen guten Job, haben in Felder Einblick bekommen, wo andere das nicht hatten, haben mit gescheiten Menschen einen langen Weg machen dürfen und fühlen uns fähig, Verantwortung selber zu tragen. Die Frage ist, wie können wir als Gesellschaft das Individuum so unterstützen, dass es selbstverantwortet und solidarisch, aber nicht als manipuliertes Wesen entscheidet. Ein Mehrheitsentscheid kann eben auch willkürlich werden. Das Zentrale müsste sein, dass wir in allen gesellschaftlichen Feldern einen solchen Verantwortungsdiskurs führen. Ich glaube nicht, dass man das generell oder top down machen kann, sondern man müsste es immer wieder runterbrechen auf aktuelle Themen. Wenn wir bei der Komatrinkerinitiative sagen, dass wir diese nicht gut finden, dann reden wir Fachleute von den Jugendlichen. Und I. Cassis



redet über das moralische Feld, in dem man drin ist. Man muss also sehr sorgfältig und vorsichtig sein und immer wieder die Rahmenbedingungen genau definieren. Sonst redet ein Politiker vom Trinken am Samstagabend, der andere vom Sozialhilfesystem und I. Cassis kommt mit der Gesundheit und der Verantwortung generell. Dann wird die Diskussion unübersichtlich. Die Politiker reden beim Thema Selbstverantwortung von verschiedenen Dingen.

Cassis: Ja, die Politik ist kompliziert: Man muss vom Beispiel ausgehen und extrapolieren. Gewisse Politiker versuchen Änderungen auf abstraktem Weg durchzusetzen, haben aber wenig Erfolg, weil sie auf intellektueller Ebene argumentieren. Andere haben die Fähigkeit, komplexe Dinge einfach und wirksam auf den Punkt zu bringen und haben Erfolg. Die Herausforderung ist in der Schweiz noch grösser, weil das Volk auch über komplexe Dinge direkt entscheidet. Die Demokratie ist keine einfache Übung und ist – wie Winston Churchill sagte – «die schlechteste aller Staatsformen, ausgenommen alle anderen».

SuchtMagazin: Um den Kreis zu schliessen: Es scheint Konsens zu bestehen betr. Wahlfreiheit und Verantwortungsübernahme, wenn man sich selber Schaden zufügt. Wie kann man in Zukunft darüber sprechen, anders als in dieser parlamentarischen Initiative? Das zweite ist, dass man die Gesellschaft so weit bringen müsste, dass die Menschen ganz früh die entsprechenden Kompetenzen mitbringen und nicht einfach auf den Staat zählen, wenn es Probleme gibt.

Berthel: Weshalb hat man in den 1990er-Jahren über Drogen gesprochen? Weil es ein soziales Problem war, das im öffentlichen Raum sichtbar wurde. Auf dem Sorgenbarometer stand die Drogenproblematik an erster Stelle, und das über Jahre. Es gab die Hotspots Platzspitz, Kocherpark etc., Politiker kamen an offenen Szenen vorbei und es gab einen direkten Informations- und Betroffenheitstransfer von den Städten in die grosse Politik. Zum Schluss konnte sogar das Betäubungsmittelgesetz in einem konstruktiven Sinne geändert werden. Wie I. Cassis gesagt hat, kann man nicht über abstrakte Themen ins System rein, sondern man muss aus der Betroffenheit heraus etwas machen. Dann kann man das, was dahinter ist, noch bearbeiten. Seit einigen Jahren interessiert sich niemand mehr für Drogen, ausser wenn irgendwo etwas passiert. Die Politik will sich mit dem Thema grundsätzlich nicht die Finger verbrennen, mit dem Thema Solidarität auch nicht. Das heisst, man muss solche Themen aufgreifen und das, was dahinter steckt, mitdenken, die verschiedenen Ebenen mitnehmen. Was wir als Fachleute jetzt mit der Initiative von T. Bortoluzzi machen: Wir stürzen uns auf die Jugendlichen und schauen, was könnte da passieren. Der Rest rundherum wird nicht diskutiert. Und ihr diskutiert dann in der Politik nicht den Einzelfall, sondern das, was dahintersteckt. So gibt es einen Zielkonflikt und die Ebenen der Diskussion verschieben sich. Wir diskutieren über den Einzelnen, und ihr über das andere. Die Kunst in Zukunft ist, dass wir überhaupt Themen finden, um miteinander zu reden, in der Gesellschaft, zwischen den Fachleuten und der Politik, zwischen Politik und Fachleuten. Wenn uns das gelingt, haben wir konstruktive Lernfelder, gesellschaftliche Lernfelder, wo Entwicklungen möglich sind. Sonst wird es schwierig sein.

Cassis: Das ist perfekt auf den Punkt gebracht. Es sollte eine Wechselwirkung zwischen Wissenschaft und Politik geben. Ich erwarte auf der Metaebene Impulse von der Wissenschaft und der Fachwelt. Da passiert aber im Moment wenig, die akademische Welt scheint eher in sich verschlossen zu sein, es gibt keine philosophischen Diskussionen, keine Intellektuellen, Philosophen, Schriftsteller, die sich öffentlich zu Wort melden. Die Politik ist sehr häufig auf sich selbst gestellt, abgesehen von einigen Thinktanks wie Avenir Suisse, die Inputs generieren. Deshalb sollte man die parlamentarische Initiative von NR Bortoluzzi als Chance für die gemeinsame Diskussion und nicht als Gefahr für die Menschheit betrachten! Es scheint mir auch wichtig, wie T. Berthel gesagt hat, dass wir die verschiedenen Ebenen zusammenbringen und daraus eine wirklich artikulierte Diskussion führen. Dieses Interview wäre da vielleicht ein kleiner Mosaikstein.●

Endnote

1 Otfried Höffe: Aus dem Geist der Aufklärung. NZZ vom 29.12.2014, www.tinyurl.com/pmmpkfw